



# synodenBESCHLUSS

zur Vorlage 1.2.4.

4. Tagung der 19. Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen in Bielefeld,  
12. bis 15. Juni 2022

## Erklärung der Landessynode zum Krieg in der Ukraine und zur friedensethischen Debatte

Bielefeld, 15. Juni 2022

Der Krieg in der Ukraine, der nun schon vier Monate andauert und dessen Ende nicht absehbar ist, erschüttert uns alle zutiefst. Wir trauern um die Toten und Verletzten, wir sind erschüttert über das vielfältige Leid, die Zerstörung der Städte, Dörfer und Landschaften und die ungewisse Zukunft für Millionen von Menschen. Unsere Gewissheiten und vieles, was in der Vergangenheit selbstverständlich war, geraten ins Wanken.

Der vom russischen Präsidenten befohlene völkerrechtswidrige Angriff auf die Ukraine stellt politisches Denken und Handeln in Frage. Die Früchte der Friedens- und Versöhnungsarbeit mit den Völkern der Sowjetunion, die Errungenschaften der Ostpolitik und die europäische Friedensordnung werden mit Füßen getreten. Menschenrechte und Völkerrecht werden missachtet. Krieg wird vom russischen Staat als Mittel der Politik eingesetzt. Die russische Führung droht offen mit dem Einsatz atomarer Waffen.

Als Christinnen und Christen sind wir überzeugt: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“ Dieser von der Gründungsversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 in Amsterdam formulierte Satz verliert auch durch diesen menschenverachtenden und grausamen Krieg nichts an Gültigkeit. Vielmehr macht er uns darauf aufmerksam, dass die Realität an vielen Orten dieser Welt nicht dem Willen Gottes entspricht.

Wir leben in einer Welt voller Gewalt und glauben an die Verheißung von Gottes Frieden und Gerechtigkeit für die gesamte Schöpfung. Der göttliche Friede ist unverfügbar, dennoch ist er der Kompass für unsere friedensethische Orientierung.

### Beschlussvorschlag:

*„Entscheidungen müssen getroffen und Fragen müssen beantwortet werden. Aber ein simples Ja oder Nein darf die komplizierte Wirklichkeit, der die Antwort gelten und standhalten soll, nicht eindampfen und beschneiden.“ (Präses Annette Kurschus, Mündlicher Bericht, S.7)*

Die Veröffentlichung der Beschlüsse erfolgt unter dem Vorbehalt der endgültigen Feststellung des Wortlautes durch die Kirchenleitung!

[www.evangelisch-in-westfalen.de](http://www.evangelisch-in-westfalen.de)

Die Landessynode dankt der Präses ausdrücklich für ihre differenzierten öffentlichen Äußerungen zur friedensethischen Positionierung im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg. Sie bekräftigt im Einzelnen folgende Positionen:

1. In der gegenwärtigen Situation erkennen wir den Einsatz von Waffen als Möglichkeit an, Recht und Würde der Menschen in der Ukraine zu verteidigen. Ihr Einsatz darf allein diesem Ziel dienen und ist internationalem Recht unterworfen. Dies gilt es auszuhalten in dem Bewusstsein, für Tun und Lassen schuldig zu werden.
2. Die Landessynode erinnert an die Grundsätze der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 und bittet die politisch Verantwortlichen, bei allen gegenwärtigen Entscheidungen die Stärkung des Völkerrechts, die Ächtung, Dokumentation und Verfolgung von Kriegsverbrechen und nachhaltige Friedensprozesse in den Blick zu nehmen. Auf lange Sicht kann nur dies zur Entfeindung, Aussöhnung und zum Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen beitragen.
3. Der Blick auf ziviles Friedenshandeln, das es auch jetzt unter den Kriegsbedingungen nach wie vor gibt, darf nicht verloren gehen. Dieses Engagement bedarf der entschiedenen zivilgesellschaftlichen, staatlichen und finanziellen Unterstützung.
4. Dem russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill, der den Angriffskrieg als legitimes Mittel rechtfertigt, um seiner Sicht der Geschichte und des Christentums zur Durchsetzung zu verhelfen, widersprechen wir deutlich. Gleichzeitig warnen wir davor, die Selbstverteidigung der Ukraine pauschal als Verteidigung westlicher Werte zu idealisieren.
5. Aus unseren nationalen und internationalen ökumenischen Beziehungen wissen wir, dass die orthodoxe Kirche seit Langem gespalten ist. Auch in der russisch-orthodoxen Welt gibt es deutlichen Widerspruch zur Haltung des Moskauer Patriarchen. Die Landessynode bittet daher die Kirchenleitung, wo immer es möglich ist, das geschwisterliche Gespräch mit Menschen und Amtsträgern orthodoxen Glaubens zu suchen und die bestehenden Kontakte zu orthodoxen Partnern (u.a. in Belarus) in kritischer Solidarität fortzuführen.
6. Die Landessynode dankt der Kirchenleitung für die Entscheidung, die erneute Berufung eines oder einer landeskirchlichen Friedensbeauftragten zeitnah umzusetzen. Die Friedensbeauftragung trägt dazu bei, dass die komplexen friedensethischen Diskurse in unseren Gemeinden und Gremien auch in Zukunft offen und kontrovers geführt werden können.
7. Die Landessynode bittet die Kirchenkreise und Gemeinden, weiterhin Friedensgebete anzubieten. Sie ermutigt dazu, Räume für Seelsorge, Trauer und die Bearbeitung von Ängsten und traumatischen Erfahrungen anzubieten. Wo dies möglich ist, sollten Gemeinden auf Menschen ukrainischer oder russischer Herkunft zugehen und das Gespräch mit ihnen suchen.
8. Die Landessynode dankt den Gemeinden für die gelebte breite Solidarität mit den ukrainischen Flüchtlingen.

Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, sich bei der Landes- und Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Menschen, die vor Repressionen fliehen mussten oder sich einer Einberufung zum Kriegsdienst entzogen haben, eine nicht begrenzte Aufnahme in Deutschland gewährt wird

Die Präses der Synode  
der Evangelischen Kirche von Westfalen